

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特郵中
報券號雅政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 28. Mai 1933.

Nummer 814

Von der Abrüstungskonferenz

Die Presse spricht von einer Vertagung

London, den 26. Mai (Reuter). Das grosse Interesse, welches durch die letzten Entwicklungen der Abrüstungskonferenz hervorgerufen worden ist, wurde durch die besetzten Bänke und Galerien des Unterhauses bewiesen als Sir John Simon, der gestern mit einem Flugzeug aus Genf zurückgekehrt ist, den englischen Konventionstentwurf verteidigte. Er erklärte, dass Italien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und neuerdings auch Deutschland anerkennen, dass man am besten vorwärtskommen würde wenn man sich an die britische Konvention hält. Besonders begrüsst er die amerikanische Haltung, aber Sir John Simon warnte, dass es nötig sei die Nationen davon zu überzeugen, dass das Schema zur Sicherheit beitragen würde, falls es gelingen würde die Nationen zu bewegen eine wirksame Abrüstung anzunehmen.

Sir John Simon betonte die Wichtigkeit der von Norman Davis gemachten Erklärung, dass Amerika bereit sei, das Gesetz betreffs Neutralität während Kriegzeiten unter gewissen Umständen abzuändern. Dies bedeutet die Aufgabe seiner Haltung eines blossen Zuschauers während des Kampfes anderer Nationen, von denen eine Unrecht gehabt hat und bedeutet ebenfalls die Aufgabe der eifersüchtig gewährten amerikanischen Tradition. Es besteht daher Aussicht darauf, dass sich Amerikas Einfluss im Falle eines Konfliktes, bei dem einer der Angreifer gewesen ist, wirksam auswirken wird.

Sir John Simon begrüsst die staatsmännischen und massigen Bedingungen in Reichskanzler Hitlers Rede, aber es wäre töricht nicht anzuerkennen, dass Worte nicht dasselbe wie Taten sind.

Er erklärte, dass Britannien ungeheure Reduzierungen vorgenommen hat und nicht imstande sei ohne einem allgemeinen Abkommen fortzufahren. Britannien sprach seine Bereitwilligkeit aus, mit den Vereinigten Staaten betreffs Schaffung von Sicherheit in Verhandlungen zu treten, aber Britannien ist nicht in der Lage weitere Verantwortungen ähnlich wie der Locarno Pakt zu übernehmen.

Genf, den 26. Mai (Reuter). Die britischen Marinevorschläge sind wieder auf grosse Schwierigkeiten gestossen.

Die Japaner haben Verbesserungsanträge unterbreitet, wobei sie die Streichung des Artikels III und ein Sonderabkommen betreffs Artikel 24 und 28 verlangen. Sie gaben zu verstehen, dass sie die Abrüstungskonvention nicht unterzeichnen würden, wenn die Abänderungsanträge unberücksichtigt bleiben.

Die chinesische Delegation erklärte, dass China sich das Recht vorbehalte sich zu verteidigen.

Eine Reihe von Abänderungsanträgen wurde von den Vertretern der kleineren Länder eingereicht, deren allgemeines Ziel die Reduzierung der Ueberlegenheit der grossen Marine-Mächte ist.

Kapitän Eden betonte, dass Britannien seine Marinerrüstung bereits auf die Hälfte reduziert hat, während die kleinen Mächte nur verlangt haben, sie

auf der gegenwärtigen Höhe zu lassen. Er schlug vor, mit den Delegationen Verhandlungen zu führen um den Wünschen der kleinen Länder nachzukommen.

Alle Delegationen, die Abänderungsanträge eingereicht hatten, erklärten sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Berlin, den 26. Mai (Reuter). Japan wird seinen Anspruch an China natürlich durchführen. Dies bedeutet einen historischen Meilenstein und vielleicht eine neue Epoche in der Weltgeschichte, so erklärt die „Deutsche Zeitung“. Ohne zu entscheiden auf welcher Seite im Fernen Osten das moralische Recht liegt, die Tatsache bleibt, dass dort die Macht und der Stärkere über dem Schwächeren triumphiert hat.

Die holländische Presse

Amsterdam, den 25. Mai (Transocean K.). Die holländische Presse bedauert die ablehnende Haltung Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz in Genf. „Algemeene Handelsblad“ bezeichnet die Rede des Aussenministers Paul Boncour als einen Schritt rückwärts, der überall grosse Enttäuschung hervorgerufen hat. Alle günstigen Vorbedingungen, die besonders durch die Zurückziehung des deutschen Abänderungsantrages bestanden, seien plötzlich durch die französischen Erklärung zerstört worden. „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ spricht von der „Halsstarrigen Haltung Frankreichs“, während die „Maas-Bode“ Frankreichs Isolierung voraussagt.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Berlin, den 26. Mai (Transocean K.) Die Presse nimmt hier an, dass die Abrüstungskonferenz sich auf den kommenden Herbst vertagen wird, ohne ein Resultat erzielt zu haben. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet von Genf, dass Gerüchte umgehen, dass die Abrüstungskonferenz bevor sie sich vertagt einen entgeltlichen Beschluss betreffs Sicherheit und der Kontrollmassnahmen fassen wird. Man gibt jedoch zu verstehen, dass auch diese Entscheidung Deutschland eine Wiederbewaffnung verbieten wird. Praktische Vorschläge zur Abrüstung wird der Beschluss aber wahrscheinlich nicht enthalten. Der Lokalanzeiger berichtet weiter, dass die deutsche Regierung unter keinen Umständen solchen Beschluss anerkennen wird. Die „Vossische Zeitung“ deutet im Zusammenhang mit der gestrigen Verhandlung über die Flottenabrüstung darauf hin, dass die Ansichten der verschiedenen Flotten-Mächte auseinander gehen. Die Zeitung glaubt nicht, dass diese Meinungsverschiedenheit vor dem Beginn der Weltwirtschaftskonferenz beigelegt werden wird, und sagt, dass man wahrscheinlich versuchen wird Deutschland für den Fehlschlag der Abrüstungskonferenz verantwortlich zu machen mit der Begründung, dass das Reich eine Wiederbewaffnung wünscht. Die „Germania“ greift Frankreich scharf an, und sagt, dass Frankreich jetzt seine Maske fallen gelassen hat.

tionen, die sich auf Billionen Dollar belaufen, bedingt wird, abzuschaffen.

Der Sekretär des Schatzamtes, Woodin, erklärte, dass der Zweck des Gesetzes die Abschaffung aller Zweifel betreffs der gesetzlichen Stellung der Schuldner und Kreditoren im Zusammenhang mit den Goldzahlungen ist.

Das Gesetz zur Abschaffung der Goldwährung fügt einen Abänderungsantrag zu dem Farmgesetz zu, in dem erklärt wird: „Alle Münzen und Noten der Vereinigten Staaten, einschliesslich der Federal Reserve Noten sowie der zirkulierenden Noten der Federal Reserve Banken und nationalen Bankvereinigungen, die bereits oder künftig gemünzt oder ausgegeben werden, sind ein gesetzliches Zahlungsmittel für alle öffentlichen und privaten Schulden, Abgaben, Zölle und Gebühren.“

Das macht die Zahlung der Kriegsschulden in Papierdollar gesetzlich.

Anwachsen der Faschisten

Rom, den 25. Mai (Transocean K.) Die Zahl der Mitglieder der verschiedenen faschistischen Organisationen hat jetzt 2 Millionen überschritten, nach dem Bericht des Sekretariats der Faschistischen Partei vor dem „Gross-Rat der Partei“. Dies bedeutet seit Mai 1932 einen Zuwachs von fast 600 000, während noch ungefähr 500 000 Anträge auf Mitgliedschaft zu erledigen sind. Nach dem Bericht hielt Mussolini eine Rede über die wirtschaftlichen und innerpolitischen Fragen. Das nächste Treffen des „Gross-Rates“ wird am 31. Mai stattfinden.

Organisation oder Geist?

Ein Wort zum berufsständischen Problem

Die Gefahr der Umbiegung grosser Ideen in rein organisatorische Aufgaben liegt bei der Eigentümlichkeit des deutschen Charakters nahe. Wir sind bekanntlich stolz auf unsere organisatorischen und technischen Fähigkeiten, wenn wir damit auch schon oft genug Unheil angerichtet haben. Während die Menschen anderer Völker ihre sozialen und rechtlichen Beziehungen soweit wie möglich durch eine verständnisvolle Einfühlung in den gesellschaftlichen Pflichtenkreis, durch Selbstverantwortung und fair play zu regeln wissen, sogar ihre staatliche Ordnung auf eine ungeschriebene Verfassung aufbauen können, wird in Deutschland allzuleicht nur das anerkannt, was in den Akten steht, in unzähligen Paragraphen und Verfügungen niedergelegt und in gründlichen Vertragswerken bis ins einzelne vorgeschrieben ist. Ein sehr grosser Teil der staatlichen Tätigkeit erschöpft sich bei uns in der Gesetzgebung, wie ja z. B. auch die Höhepunkte der Brüning'schen Regierung mit Notverordnungen bezeichnet werden. Alles muss in Deutschland bürokratisch geregelt, amtlich beglaubigt und abgestempelt werden; nicht nur der Pfad des Wanderers ist mit Verbotstafeln und obrigkeitlichen Verlautbarungen eingesäumt. Daher haben wir in Deutschland auch den besten Beamten, den uns bekanntlich niemand in der Welt nachmachen soll. Die heisse Liebe zum Paragraphen, zur äusseren Organisation liegt nun einmal in unserem Blut.

Die Vorteile dieser Fähigkeiten kommen im staatlichen Bereich klar zum Ausdruck. Hier spielt die Organisation, die äussere Form eine grosse Rolle (dass es uns dabei freilich an Staatsgefühl gar sehr gemangelt hat, sei nur nebenbei bemerkt). Um so weniger aber eignen sich diese Fähigkeiten für das wirtschaftliche und soziale Leben, dessen Feinde das Organisationsstreben und die Paragraphensucht werden. Der Beitrag, den diese deutschen Eigenschaften zur Verschärfung unserer Wirtschaftskrise geliefert haben, ist nicht gering einzuschranken. Und jede gesunde Sozialpolitik wird in unserem Lande zugrunde gerichtet, da sie nur noch als eine Funktion der staatlichen oder kollektivistischen Bürokratie, des Gesetzgebers und Gewerkepolitisten anerkannt wird. Was nicht reglementiert und von oben her organisiert wird, gilt als unsozial. Oft genug ist der soziale Geist durch die Paragraphentechnik erschlagen worden. Das galt bisher sogar vom Sozialismus, der einen Erfolg errungen zu haben glaubte, wenn ein Betrieb oder Gewerbe organisatorisch umgeändert war. Die Sozialisierungspolitik wurde lediglich als eine technische Aufgabe aufgefasst, was erreicht wurde, blieb nur in den äusseren Formen haften. Der allein entscheidende sozialistische Geist fehlte oder wurde durch die organisatorische Ueberwucherung erstickt. Das sozialdemokratische Programm erschöpfte sich in technischen Aufgaben: Begriffe wie staatliche Kontrolle, Umgestaltung der Produktionsmittel, Ueberführung der Betriebe in die öffentliche Hand spielten die ausschlaggebende Rolle. Das kam daher, dass die marxistische Geschichtsbetrachtung die geistige Entwicklung der Menschen von den ökonomischen, materiellen Grundlagen allein abhängig machte.

Wir sehen die Hauptfehler des marxistischen Denkens nicht nur in der Theorie und Forderung des Klassenkampfes, sondern gerade auch in der gewaltigen Ueberschätzung des Organisatorischen, von der ja nicht nur die Anhänger der Sozialdemokratie erfasst waren. Was heute unbedingt vermieden werden muss, ist eine Entwicklung, die zwar einen Teil des Marxismus überwindet, einen anderen wesentlichen Teil aber übernimmt. Es genügt nicht nur, die äusseren Vorzeichen zu ändern und das wirtschaftliche und soziale Leben der neuen staatlichen Ordnung „gleichzuschalten“. Damit kann zwar ein politischer Erfolg erstritten, ein sozialer und wirtschaftlicher Kampf aber verloren werden. Wir erwähnten bereits, dass im wirtschaftlichen und sozialen Bereich alle äusseren organisatorischen Formen und Aufgaben gegenüber den Verhältnissen im staatlichen Bereich an Bedeutung weit zurücktreten und dass vor allem die geistige Einstellung, die freie Bewegung entscheidend sind. So ist auch die Gesinnung der Menschen für das Schicksal eines Wirtschaftssystems ausschlaggebend. Diese Zusammenhänge hat Adolf Hitler richtig erkannt, als er zwar die organisatorischen Vorbereitungen für die staatliche Neuordnung rechtzeitig traf, für Wirtschaft und Sozialpolitik aber die Umwandlung des Geistes in den Vordergrund rückte. Für die Staatspolitik war im Nationalsozialismus ein fertiges Programm vorhanden, für die Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlte

Aufgabe der Goldwährung in den U.S.A.?

Washington, den 26. Mai (Reuter). Es wird bekanntgegeben, dass die Vereinigten Staaten durch ein Statut die Goldwährung aufgeben werden.

Washington, den 26. Mai (Reuter). Dem Repräsentanten Hause ist durch Steagall, Vorsitzender des Bankausschusses des Hauses, ein Gesetz zur Abschaffung der Goldwährung vorgelegt worden. Er sagte, dass die Annahme des Gesetzes den ausländischen Schuldnern die Möglichkeit geben wird, ihre Kriegsschulden in irgendeiner Währung zu bezahlen, die in den Vereinigten Staaten legal ist.

Das Gesetz ist auf Antrag des Präsidenten vorgelegt worden.

Steagall sagte, dass es die Vereinigten Staaten von den Hindernissen und hemmenden Bestimmungen der Goldwährung befreien wird. Es war ein Administrationsgesetz und bildete einen Teil von Präsident Roosevelts Notlinderungsprogramm.

Washington, den 26. Mai (Reuter). Das Gesetz zur Aufgabe der Goldwährung, welches der Kongress sicher annehmen wird, wird, so heisst es in manchen Staatsabteilungskreisen, den Dollar an der internationalen Börse eventuell sinken lassen und den Vereinigten Staaten vielleicht die Möglichkeit geben, die Währung auf einer niedrigeren Stufe als es sonst möglich gewesen wäre zu stabilisieren. Aber die New Yorker Bankiers sind der Meinung, dass es hauptsächlich dazu bestimmt ist die de facto Lage zu legalisieren und die anormale Lage, welche durch die gegenwärtigen Goldklauseln in den öffentlichen und privaten Obligations-